



Pressemitteilung 16.03.2017

Deckel auf den Bierpreis beim Oktoberfest?

Eigentlich gehört der Bierdeckel unter das Glas, aber beim Münchner Oktoberfest soll jetzt auch der Bierpreis gedeckelt werden. Kontroverse Diskussionen stehen ins Festzelt.

Für manche ist die Ankündigung, den Bierpreis in den Oktoberfestzelten zukünftig zu deckeln oder gar einzufrieren, Grund für Applaus. Andere meinen, der Preis sei ohnehin zu hoch. Wieder andere sehen in dem Vorhaben einen herben Eingriff in die freie Marktwirtschaft durch Preisdiktat. Für Zündstoff ist das Thema allemal geeignet.

Begründungen für den Eingriff der Preisgestaltung der Wiesnwirte gibt es für Wiesn-Bürgermeister Josef Schmid (CSU) reichlich. Schmid plant eine Umsatzpacht von vier bis fünf Prozent für die Wirte der großen Zelte. Damit die Wirte die Mehrkosten nicht an die Gäste weitergeben, will er den Bierpreis bis zum Oktoberfest 2019 bei 10,70 Euro einfrieren. Mit diesem Vorstoß sollen die gestiegenen Kosten für die Sicherheit auf dem Oktoberfest aufgefangen werden. Die Stadt musste im Vorjahr statt bislang fünf Millionen Euro etwa das Doppelte ausgeben. Und seit je her gilt ein ehernes Prinzip: Für die Stadt darf die Wiesn kein Minusgeschäft sein. Im Mai dieses Jahres soll das heikle Thema dann im Stadtrat behandelt werden. Bis dahin werden sicher noch hitzige Diskussionen geführt, denn die Wirte schäumen vor Wut und der Ton wird rauer.

Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) wartete erst den schriftlichen Antrag ab und meldete sich recht unmissverständlich zu Wort: Er verdonnerte seinen Stellvertreter, Wiesn-Chef Josef Schmid dazu, den Konflikt mit den Wiesn-Wirten möglichst schnell zu lösen. Schmid solle unverzüglich alle Beteiligten zu einem sachlichen Gespräch an den Tisch zu holen, sagte Reiter laut Mitteilung des Rathauses. Die über die Medien geführte Auseinandersetzung sei unwürdig und schade dem Ansehen der Stadt. "Ich erwarte von Herrn Schmid dazu einen zeitnahen Lösungsvorschlag."

Der VEBWK begrüßt diesen OB-Vorschlag und sieht darin die Möglichkeit, einen verträglichen Konsens zu erzielen. Gestiegene Sicherheitskosten, die durch die aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklung erforderlich geworden sind, müssen aufgefangen werden – aber nicht durch einseitige Belastung, sondern durch ein kluges und ausgeglichenes Gesamtkonzept. Eingriffe in die Errungenschaft der

freien Marktwirtschaft, die auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage beruht, sollten unbedingt vermieden werden. Josef Schmidt darf sich also in konstruktiver Diplomatie üben und die Wirte sollten sich dem dann auch anschließen. Zum Wohle der Wiesen, zum Wohle der Stadt München, zum Wohle der freien Unternehmerschaft und schlussendlich auch zum Wohle der Wiesengäste.